

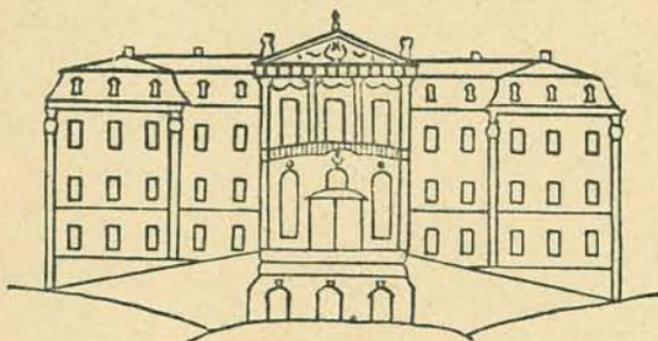
Hefte aus Burgscheidungen

Weg und Ziel der Adenauer-CDU

Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik

Von

Hermann Kalb,
Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff



58

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Weg und Ziel der Adenauer-CDU

Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik

von

Hermann Kalb,
Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff

1961

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Die mögliche und notwendige Neubesinnung und Neuorientierung christlicher Gruppierungen im politischen Raum nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges führte im Jahre 1945 zur Bildung von christlichen Parteien in zahlreichen Staaten Europas. Diese christlichen Parteien, die in der Mehrzahl an den Traditionen früher bestehender bürgerlicher Parteien anknüpften, traten mit durchaus fortschrittlichen Programmen in die politische Arena. Vielfach kam es aufgrund der Tatsache, daß in ihnen zahlreiche christliche Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg in führenden Funktionen tätig waren und als Ausdruck des noch unverfälschten Willens der Mitglieder dieser Parteien und weiter christlicher Kreise zu einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen und Arbeiterparteien.

In dem Maße, wie diese Parteien sich von ihrer fortschrittlichen Ausgangsposition entfernten, wie sich die politische und soziale Reaktion ihrer bemächtigte, wie sie die eigenen Programme über Bord warfen, wurden sie schon wenige Jahre nach ihrer Gründung bzw. ihrem Wiedererstehen von der allgemeinen Krisensituation des Kapitalismus erfaßt.

Während jedoch in den westeuropäischen Ländern die christlichen Parteien in ihrer Mehrzahl vollständig auf den Kurs der Reaktion einschwenkten, zeigte sich in Deutschland eine andere, unterschiedliche Entwicklung in den durch die Spaltungspolitik der Westalliierten und ihrer westdeutschen Satelliten inzwischen entstandenen beiden deutschen Staaten. Unterstützt von allen fortschrittlichen demokratischen Kräften erfüllt die CDU in der DDR das Verlangen der Mehrheit ihrer Mitglieder und der christlichen Bevölkerung nach einer Politik des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Ihr Weg und ihre Position heute sind Beweis dafür, daß es keine „Krise der christlichen Parteien“ an sich gibt, sondern lediglich eine Krise des Kapitalismus und aller politischen Kräfte, die sich auf ihn orientieren und seiner Gesetzmäßigkeit unterordnen.

Die Gründung der CDU in den einzelnen Besatzungszonen muß unter einem doppelten Aspekt betrachtet werden, der zugleich die spätere Entwicklung bis zur Spaltung der Partei und der Nation deutlich macht.

1. In der CDU fanden sich jene Christen zusammen, unter ihnen antifaschistische Widerstandskämpfer, die bereit und willens waren, die geschichtlich notwendigen Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen, und zwar sowohl aus der Zeit des Faschismus selbst wie auch aus seiner Vorgeschichte, der Weimarer Republik. Zugleich war für die poli-

tische Ausrichtung der Christlich-Demokratischen Union auch das Erleben der Christen mitbestimmend, die im Nationalkomitee „Freies Deutschland“ gegen den faschistischen Krieg und für ein neues demokratisches Deutschland gekämpft hatten. Der Repräsentant und konsequenteste Verfechter aller fortschrittlichen Kräfte war Otto Nuschke, der Mitbegründer der CDU.

2. Die Gründung der CDU wurde aber auch von Kräften betrieben, deren Anti-Hitler-Haltung in der Zeit des Faschismus bestimmt war von den antinationalen Interessen der mit dem Weltimperialismus verflochtenen deutschen Monopole und der geistigen Führungsschicht des deutschen Militarismus, die erkannt hatten, daß Hitler und seine Partei kein geeignetes Instrument mehr waren zur Verwirklichung ihrer imperialistischen Eroberungspläne. Von ihnen sind in erster Linie zu nennen Kaiser, Lemmer, Dr. Friedensburg, Hermes usw. Diese Gruppe sogenannter christlicher Politiker verfolgte mit der Gründung einer alle Konfessionen umfassenden christlichen Partei das Ziel, ein ideologisches und politisches Gegengewicht gegen die Parteien der Arbeiterklasse zu schaffen.

„Damals war es vielen Menschen nicht klar, warum die Reaktion ihre Hoffnungen vor allem auf die CDU gesetzt hatte und weniger auf die LDP, obwohl gerade deren Programm im Gegensatz zu dem der CDU ein offenes Bekenntnis zur Erhaltung des privatkapitalistischen Besitzes enthielt. Die weitere Entwicklung, ganz besonders in Westdeutschland, hat gezeigt, daß die imperialistische Großbourgeoisie sich bereits im Herbst 1945 in zunehmendem Maße auf die CDU orientierte, weil sie im Mißbrauch der religiösen Gefühle und in der Verbreitung solcher demagogischer Ideen wie ‚Christlicher Sozialismus‘, ‚Christliches Abendland‘ usw. die auf die Errichtung eines klerikalreaktionären Regimes hinausliefen, die einzige Möglichkeit sah, größere Kreise wieder unter ihren Einfluß zu bekommen. Dadurch erklärte es sich auch, daß das Finanzkapital seine raffiniertesten und erfahrensten Leute in die CDU und nicht in die LDP ... entsandte.“¹⁾

Bedingt durch die besonderen Nachkriegsverhältnisse in Deutschland erfolgte die Gründung der CDU nicht einheitlich in allen vier Besatzungszonen. Obwohl die verschiedenen Gründerkreise zunächst keine Verbindung zueinander hatten und die Gründungsmitglieder in ihren politischen Auffassungen und Motiven bis zu der Frage, welche Bezeichnung die christliche Partei führen solle, sehr unterschiedlicher Auffassung waren (in Bayern heißt die entsprechende Partei auch heute noch Christlich-Soziale Union), konnte sich

jedoch in allen Gründungsdokumenten²⁾ zunächst die Forderung durchsetzen, die konfessionelle Spaltung der Christen im politischen Raum zu überwinden und ihr Wirken freizumachen von der Verknüpfung der christlichen Botschaft mit der sozialen Reaktion.

„... Aus heißer Liebe zum deutschen Volk‘ rief der Berliner Gründerkreis die Christen, Demokraten und sozialen Kräfte zur Sammlung, zur Mitarbeit und zum Aufbau einer neuen Heimat.

Den unseligen Mächten und Traditionen der Vergangenheit, die unser Volk bis an den Rand des Abgrunds geführt hatten, wurde eine entschiedene Absage erteilt. Anknüpfend an die wahren und bleibenden Werte christlicher Überlieferung und Gesittung sollte der Aufbau eines neuen Deutschland des Friedens und der Demokratie beherrscht in die Hand genommen werden, eines wirklichen Vaterlandes aller patriotisch denkenden Menschen, in dem die nationale Frage gelöst und mit der verhängnisvollen Krisen- und Kriegspolitik der zurückliegenden Zeit ein für allemal Schluß gemacht werden sollte. Angesichts der großen nationalen Bedeutung dieser Aufgabe war bereits der Gründerkreis sich darüber klar, daß der „Weg der Sühne und der Wiedergeburt“ nur in „brüderlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit aller die Demokratie bejahenden und aller aufbauwilligen Kräfte“ mit Erfolg besritten werden konnte. Die Frage, wer auf diesem Weg die Führung übernehmen sollte, war vom Gründerkreis mit dem Bekenntnis beantwortet worden: ‚Wir erkennen die Kräfte an, die von der Arbeiterschaft in das Volksganze einströmen.“³⁾

Die CDU/CSU propagierte ursprünglich, wie aus den einzelnen Gründungsdokumenten hervorgeht, keine grundsätzlich anderen Ziele und Aufgabenstellungen.

Am 18. Juni 1945 versammelten sich im Kölner Kolpinghaus — einer katholischen Einrichtung — 18 Personen, sämtlich Katholiken und ehemalige Zentrumsmitglieder in der Absicht der Gründung einer christlichen Partei. Adenauer, seinerzeit Oberbürgermeister von Köln, war nicht unter ihnen.

Die Initiative zu dieser Parteigründung ging eindeutig vom Zentrum aus. Bereits bei der Gründung war — ohne jedoch immer deutlich zu werden — ein Übergewicht der Kräfte

- 1) Gründungsaufwurf von Berlin (26. 6. 45) (Dokumente der CDU Bd. 1, Berlin)
- 2) Programm für die britische Besatzungszone (Programm von Neheim-Hüsten) vom 1. 3. 46
- 3) Grundsatzprogramm der CSU in Bayern vom Dez. 1946 in: Wolfgang Treue, Deutsche Parteiprogramme 1861—1956 Göttingen-Frankfurt-Berlin 1956, S. 181 f.
- 4) Kölner Leitsätze vom Juli 1945 in: Schwering, Die Entstehung der CDU, Köln 1946, S. 27 f.
- 5) Bulletin des 10. Parteitag der CDU, herausgegeben von der CDU-Parteileitung Berlin

1) Stefan Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland 1945—1949, Berlin 1959

des politischen Katholizismus und des Klerikalismus vorhanden. Dieses Übergewicht verstärkte sich in den nachfolgenden Jahren immer mehr und mehr und wurde schließlich zum bestimmenden geistigen Faktor für die CDU/CSU.

In den „Kölner Leitsätzen“⁴⁾ die später im Ergebnis der ersten Beratung formuliert wurden, finden sich noch neben der Forderung auf Anerkennung der Würde des Menschen, solche Grundsätze wie „Schutz der Familie“⁵⁾ „Wiederherstellung des Rechtsstaates“⁶⁾ „Alle Formen des öffentlichen Gemeinschaftslebens kommen aus der Demokratie“⁷⁾ und die Forderung nach „Gemeineigentum“⁸⁾

Dieses Gemeineigentum sollte nicht nur an der Post und Eisenbahn, sondern auch im Bergbau und der Energiewirtschaft geschaffen werden, Bank- und Versicherungswesen sollten staatlicher Kontrolle unterliegen. Die Vorherrschaft des Großkapitals sollte gebrochen werden. Für die Außenpolitik sollte bestimmend sein, „daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist“⁹⁾ Sehr stark wurde der Begriff der Demokratie betont, wie überhaupt versucht wurde, eine enge Beziehung zwischen Christentum und Demokratie herzustellen. „Gerade deshalb stieß die Kölner Parteigründung mit ihren Leitsätzen bei gewissen kirchlichen Stellen auf einige Bedenken. Der Kölner Kardinal Frings war nicht recht einverstanden und Bischof Graf v. Galen von Münster wollte die Demokratie auch nicht so stark hervorgehoben wissen. Aber es gelang, die kirchliche Autorität zu gewinnen.“¹⁰⁾

Offensichtlich war die „kirchliche Autorität“ dadurch zufriedengestellt, daß die führenden Kräfte der Partei das Wort Demokratie wohl im Munde führten und in Parteiprogramme aufnahmen, die Praktizierung der Demokratie jedoch in der den „kirchlichen Autoritäten“ vorschwebenden Weise vornahmen.

Was von der reaktionären Führung der CDU/CSU mit Rücksicht auf die Mitglieder und die Wähler nicht offen gesagt werden konnte, das bildete und bildet die geistigen „Grundlagen“ solcher Institutionen wie der sogenannten „abendländischen Akademie“, zu der eine große Zahl prominenter CDU-Mitglieder als Mitglieder oder Förderer zählt. Die wirkliche Einstellung der Führung der CDU spricht aus solchen Thesen ihrer Institution: „Als Träger der Regierungsverantwortung kann man nicht gleichzeitig Gott und

4) Schwering a. a. O. S. 27

5) ebenda S. 28

6) ebenda S. 28

7) ebenda S. 29

8) ebenda S. 29

9) ebenda S. 30

10) Karl Buchheim: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953, S. 431

seinem Gewissen für sein Handeln verantwortlich sein und diese Gesetze aus der Hand Dritter empfangen oder — was in der parlamentarischen Demokratie üblich ist — sogar noch vom Vertrauen des Parlaments abhängig sein.“¹¹⁾

Noch deutlicher wird diese Mißachtung der Demokratie: „Die abendländische Aktion erblickt im modernen Vielparteienstaat und in der durch ihn herbeigeführten Vergiftung des öffentlichen Lebens einen Ausdruck neuzeitlicher Willkür.“¹²⁾

Von dem „Mißtrauen“ der Kirchenautoritäten gegenüber der Demokratie — bereits geäußert bei der Gründung der westdeutschen CDU — über diese „Theorien“ der abendländischen Akademie bis zum Verbot der Kommunistischen Partei, den Notstands- und Reisesperrgesetzen des SA-Mannes Schröder führt ein gerader Weg.

Die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Zielsetzung des reaktionären Flügels der CDU bereits zum Zeitpunkt ihrer Gründung wird deutlich an einem Schreiben, das Adenauer, der sich nun immer mehr der Partei zu bemächtigen begann, am 21. August 1945 an den Münchner Oberbürgermeister Scharnagl gerichtet hat, und in dem die Ermahnung ausgesprochen wird, bei allen „Überlegungen sich zu vergegenwärtigen, daß allein diese geplante Zusammenfassung aller auf christlichen und demokratischen Grundlagen stehenden Kräfte uns vor aus dem Osten drohenden Gefahren schützen kann.“¹³⁾

Diese antikommunistische Gesinnung wurde in der Folgezeit zur offiziellen Partei- und Staatsdoktrin. In ihr liegen die ideologischen Motive für den nationalen Verrat, der von der CDU durch ihre entscheidende Mitwirkung an der Spaltung Deutschlands betrieben wurde. Mit der Bildung des westdeutschen Separatstaates schuf sich die unter der Obhut der Westmächte überwinterte Reaktion erneut eine staatliche Basis für die Entfaltung ihrer Macht, und zwar sowohl für die Unterdrückung des eigenen Volkes als auch für die Unterdrückung fremder Völker.

*

Die CDU/CSU war also nach dem Wortlaut ihrer Gründungsdokumente angetreten mit einem antifaschistischen und antimilitaristischen Programm. Eine andere Zielsetzung wäre 1945 auch gar nicht vertretbar gewesen. Zahlreich sind deshalb bis zum Jahre 1949 offizielle Äußerungen Adenauers bekannt geworden, die jegliche Wiederbewaffnung ohne jede Einschränkung ablehnen. „Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden ... Ja, ich will noch weiter gehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neu-

11) Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, München 1951, S. 20

12) Kroll, a. a. O. S. 20

13) Karl Buchheim a. a. O. S. 443

tralisiert würden.“¹⁴⁾ Nur mit dieser Täuschung war es Adenauer möglich, die Position seiner Partei zu stärken und die christlichen Wähler zu gewinnen. Jedoch schon bald nach den ersten Bundestagswahlen, die noch mit dieser Konzeption gewonnen wurden, hielt Adenauer den Zeitpunkt für gekommen, die Rüstungspläne auch öffentlich bekanntzugeben. Vorsichtig lancierte die CDU/CSU die ersten Meldungen. Bereits im Januar 1951 kann Adenauer dann sagen: „Es wird aufgerüstet! Gegen jeden Versuch, diese Politik zu durchkreuzen, werde ich aufs schärfste vorgehen lassen.“¹⁵⁾ Mit der Forcierung der Remilitarisierungspolitik durch die Adenauer-CDU treten in zunehmendem Maße die Gegner dieser für Deutschland verhängnisvollen Politik auf und kehren aus Gewissensgründen der Partei den Rücken. „An die Stelle der Freiheit zum politischen Handeln aus christlicher Gewissensentscheidung des einzelnen tritt in steigendem Maße der Zwang unter eine Einheitsmeinung, in der die Unterstützung der Politik des Bundeskanzlers zum entscheidenden Maßstab der Christlichkeit wird.“¹⁶⁾

Mit dieser Feststellung verläßt der damalige Präses der Synode der evangelischen Kirche in Deutschland und Bundesinnenminister Dr. Dr. Gustav Heinemann sein Amt und erklärt seinen Austritt aus der CDU.

Auf den Mißbrauch des Christentums durch die Adenauer-CDU bezieht sich auch der damalige Bundestagsabgeordnete Bodensteiner, als er am 10. 11. 52 seinen Parteiaustritt wie folgt begründet: „Ich habe mich nie grundsätzlich gegen eine Aufrüstung ausgesprochen. Ich lehne nur die jetzige Form ab, welche nach meiner Überzeugung zu einem dritten Weltkrieg führt ... Indem man ... eine abweichende Meinung als Verrat am Christentum hinstellt, ... übt man einen Gewissensterror aus, welcher die freie Gewissensentscheidung unmöglich macht.“^{16a)} Zu diesem Zeitpunkt hatte der Abgeordnete Dr. Franz Etzel bereits die CSU verlassen und nahm in der Bundestagssitzung vom 19. 3. 53 scharf gegen Generalvertrag und EVG Stellung. Weitere maßgebliche Politiker, die einst die CDU/CSU mit aufgebaut hatten, verließen die Partei. Der hemmungslose Drang zur Aufrüstung und zur Aggression veranlaßte sie zu diesem Schritt. Männer wie der stellvertretende Ministerpräsident von Niedersachsen Dr. Dr. Gereke und der Bundestagsabgeordnete Schmidt-Wittmack zeugen davon, daß es die besten und fortschrittlichsten Kräfte waren, die man ihrer Einstellung wegen aus der Partei vertrieb. Mit Beginn der Atomrüstungspläne verließen weitere profilierte Politiker die Partei, wie z. B. Prof. Hagemann und

14) „Rheinische Post“ vom 30. 12. 46, zitiert nach ddz 9365

15) „Tägl. Rundschau“, Berlin, vom 24. 1. 51, zitiert nach ddz 565

16) Dr. Dr. Gustav Heinemann in „Aachener Nachrichten“, Aachen vom 18. 11. 52, zitiert nach ddz 1624

16a) ddz 1624

Peter Nellen. Allerdings hat sich am Beispiel des letzteren gezeigt, daß er in der SPD keine Möglichkeit gefunden hat, eine echte Alternative gegen die Politik der CDU zu vertreten. So wurde die CDU/CSU von evangelischen und katholischen Christen in den einzelnen Phasen ihrer Entwicklung immer mehr durchschaut und schließlich von vielen verlassen.

Doch jeder Appell an das Gewissen der verantwortlichen Männer der „christlichen“ Partei wird im Parlament niedergeschrien und in der Öffentlichkeit verfälscht oder verschwiegen. Die Gegner der Atomrüstung, wie die Göttinger Professoren, werden als „Trottel“ diffamiert und als Prokommunisten in Acht und Bann getan. Skrupellos werden unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel Recht und Gesetz vergewaltigt. Unter der „Schirmherrschaft“ der Besatzungsmächte wird die gefährliche, gegen die Interessen der Nation gerichtete Konzeption Schritt für Schritt verwirklicht. Am 26. 2. 1954 begründete der Bundestagsabgeordnete und Oberkirchenrat Gerstenmaier den Antrag seiner Fraktion auf Änderung der Verfassung, um den Weg frei zu machen für die Einführung der Wehrpflicht.

Wer sich dieser Politik „am Rande des Abgrunds“ widersetzt und stattdessen für einen Abbau der Spannungen, für eine Politik der Verhandlungen und Verständigung eintritt, wird zum Kommunisten erklärt, verfolgt, dem Rufmord ausgesetzt und seiner Existenz beraubt. Mit dem Verbot der KPD und anderer demokratischer Organisationen wird der Weg freigemacht für Willkür und Mißbrauch der Staatsgewalt gegen jeden Bürger Westdeutschlands, der sich eine von der „Staatspolitik“ abweichende Meinung bewahrt hat.

Bonnas Innenminister SA-Mann Schröder fordert vor dem 10. Parteitag in Köln unerbittliche Härte gegen Friedenskämpfer. „Bisher schien es zuweilen, als ob kleine Kriminelle härter angefaßt würden als politische Verbrecher.“¹⁷⁾ Den „Verfassungsschutz“ orientiert er besonders auf die Gewerkschaften und Intellektuellen, sie seien am anfälligsten.

Was 1945 von der CDU/CSU-Führung empört zurückgewiesen worden wäre, was noch 1957 bestritten wurde, das verkündete die Parteiführung auf ihrem 10. Parteitag in Köln in aller Offenheit. Gestützt auf die Lüge, die Bundesrepublik stehe vor der Notwendigkeit der Abwehr eines Angriffs von seiten der Sowjetunion, dekretierte Strauß die Unterordnung allen Lebens in Westdeutschland unter die Militarisierung mit der Feststellung: „... im unmittelbaren, engeren Sinne des Wortes, ... mögen Verteidigungslasten sterile und unproduktive Lasten sein. Aber die Aufbringung dieser Lasten ist die Voraussetzung dafür, daß die Wirtschaft ... normal reagieren kann.“¹⁸⁾ Und Schwarz von Liebermann, der in den

17) „Sicherheit für Bürger und Staat“, Referat Schröder auf dem 10. Parteitag der West-CDU, Köln 1961, S. 12

18) Stenogr. Protokoll des 10. Parteitages der West-CDU, Köln 1961, Nr. 11, S. 107

Wahlkampfstab der CDU/CSU entsandte stellvertretende Direktor der Abteilung Politik beim NATO-Stab in Paris beeilte sich, dem hinzuzufügen: „Wenn es nicht zur Abrüstung kommt, dann ist eines nach meiner Auffassung ganz logisch und konsequent unabdingbar: die totale Integration auf dem atomaren Bereich.“¹⁹⁾ Und daß es nicht zur Abrüstung kommt, darauf ist die ganze Politik der Bonner Regierung gerichtet. Die sowjetischen Vorschläge zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung werden bewußt umgedeutet und verfälscht, und man versteigt sich schließlich zu der Behauptung, daß man ihnen nicht zustimmen könne, weil damit die Sowjetunion das Ziel verfolge, Macht über Deutschland zu erreichen. Das habe sich, so läßt sich Strauß vernehmen „gezeigt durch die fortlaufende Koexistenzoffensive mit Beschwörung des Geistes von Genf.“²⁰⁾

Während die Völker jede Verhandlung der Staatsmänner zur Beilegung der Konflikte als eine neue Hoffnung auf eine Politik der Vernunft begrüßen, konstruiert Kriegsminister Strauß daraus eine Gefahr und sucht damit seine aggressiven Pläne zu rechtfertigen. Nicht nur, daß sich die Adenauer-Partei dazu hergegeben hat, den Westalliierten entscheidende Handlangerdienste für die Bildung des westdeutschen Separatstaates zu leisten, sie trägt auch die volle Verantwortung dafür, daß alle Vorschläge der DDR zur Überwindung dieses unnatürlichen, den Interessen des ganzen deutschen Volkes entgegenstehenden Zustandes ohne fruchtbares Echo geblieben sind.

Die Hintergründe der Spaltungspolitik, die von Anbeginn der Gründung der CDU/CSU Ziel des reaktionären Flügels war, offenbarte der CDU-Bundestagsabgeordnete Johann B. Gradl in seiner Eröffnungsansprache vor dem Parteitag des Landesverbandes Westberlin der CDU am 19. 1. 58: „Nahezu drei Jahre konnte die kommunistische Umformung und Durchdringung diesseits der Elbe aufgehalten werden. Sie konnte hier zwar nicht verhindert, aber verzögert werden. Das war, wie wir heute wissen, jene Zeitspanne, welche die westliche Welt brauchte, um sich von ihren Illusionen über den östlichen Bundesgenossen freizumachen.“²¹⁾

Daraus wird deutlich, daß der rechte Flügel der West-CDU bereits mit der Gründung dieser Partei das Ziel verfolgte, ein politisches Instrument zu schaffen, das dazu geeignet war, das echte Verlangen der christlichen Menschen in Deutschland nach einer friedlichen und sozial gerechten Ordnung in eine antisowjetische und antisozialistische Frontstellung umzufälschen.

Das gegen die antifaschistisch-demokratische Entwicklung der damaligen Sowjetischen Besatzungszone gerichtete Wir-

¹⁹⁾ ebenda Nr. 14, S. 138

²⁰⁾ ebenda Nr. 11, S. 105

²¹⁾ Eröffnungsansprache auf der Kundgebung der Westberliner CDU am 19. 1. 58 in der Kongreßhalle, gehalten von Dr. Gradl. Vervielf. S. 5

ken Jakob Kaisers, Ernst Lemmers und ihrer Komplizen als Element der psychologischen Kriegsvorbereitung war dazu bestimmt, Spannungen und Konflikte zu provozieren. So sollten die christliche Bevölkerung Westdeutschlands und die anderen Völker der Westalliierten reif gemacht werden für die aus langer Hand und systematisch betriebene Spaltungspolitik und die Politik des kalten Krieges. Es ist nur zu verständlich, daß die international verflochtenen monopolistischen Kreise dankbar diese Schützenhilfe der reaktionären Führung der CDU/CSU angenommen haben, gab sie ihnen doch die Möglichkeit, die Atmosphäre der wachsenden Sympatie für die Sowjetunion, den Verbündeten im Kampf gegen den Faschismus, zu vergiften. Diese Politik der Spaltung unseres Landes und der Revanche hat seit 1945 die politischen Entscheidungen der Führung der West-CDU bestimmt und ist heute noch bestimmend. Ihr gefährlichster Exponent ist heute ohne Zweifel Kriegsminister Franz Josef Strauß. Er plant die Aggression. Die militärische Konzeption solcher Dokumente wie „Outline“ oder die Durchführung von Manövern unter seiner Verantwortung an den Grenzen zur CSSR und zur DDR sind eindeutig auf Angriff orientiert. Von allen Politikern der Bundesrepublik hat er am intensivsten die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gefordert (Reinhold Maier im Bundestag: „Wer so spricht wie der Herr Bundesverteidigungsminister, der schießt auch“).²²⁾ Strauß wacht eifersüchtig über die Politik der USA, sofort eingreifend, zeigt sich dort auch nur das geringste Merkmal gegen seine Pläne.

Sein einziges Argument für alles, was er zur Vorbereitung der Aggression tut und tun läßt, ist die „Gefahr aus dem Osten“. Sie ist nicht vorhanden, deshalb muß man sie konstruieren, sie dem Volk und vor allem den Bundestagsabgeordneten recht plastisch vor Augen stellen, sie täglich neu beschwören. Dazu bedarf es der Verdrehung genauso wie der glatten Lüge.

Strauß kennt nur die Macht. In seinem hemmungslosen Streben danach (Schlamm: „Vom Ehrgeiz getrieben wie von Furien“)²³⁾ schreckt er vor nichts zurück. Er verfügt über eine zweifache Hausmacht, einmal über die Bundeswehr und zum anderen über die CSU, deren Vorsitzender er im März 1961 wurde. Diese Hausmacht weiß er zu gebrauchen. Er ist bereit, die Bundeswehr rücksichtslos politisch einzusetzen.

Wie er sich das im Falle eines Regierungswechsels denkt, zeigt folgender Ausschnitt aus einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 18. Januar 1959:

„Reporter Scharnhorst fragte . . . : ‚Und wenn die Opposition an die Macht käme?‘ Strauß antwortete: ‚Ohne Zweifel ist es die Aufgabe der verantwortlichen militärischen Führer, ihre

²²⁾ Zitiert nach „Der Spiegel“ vom 5. 4. 61, Nr. 15, S. 14

²³⁾ ebenda S. 14

Forderungen bekanntzumachen und — wenn sie nicht zu einem Mindestmaß erfüllt werden — die Verantwortung abzulehnen.“²⁴⁾

Was anders heißt das, als daß sich die SPD im Falle einer Regierungsübernahme dem Staatsstreich der Generale gegenüberübersähe?

In der CSU sind es die reaktionärsten Kräfte, die ihm zur Macht verholfen haben und die sehr wohl wissen, welch gefährliches Werkzeug sie sich mit ihm schufen. Zu ihnen gehören der größte Grundbesitzer Bayerns, Freiherr von Guttenberg, der baltische Baron und Großgrundbesitzer Mantuffel-Szoego und der Vizepräsident des Bundestages Jäger, Repräsentanten der von ihnen vertretenen Interessenverbände. An ihrer Seite wiederum stehen Höcherl und Kapfinger als die Repräsentanten der reaktionären föderalistischen Kräfte. In der Mitgliedschaft der CDU/CSU, soweit sie sich einen klaren Blick für politische Realitäten behalten hat, steigt jedoch das Unbehagen gegen diesen Machtprotzen.

*

Mit der Zerschlagung des deutschen Faschismus 1945 war auch das deutsche Monopolkapital vor dem deutschen Volk kompromittiert und in großem Maße politisch und ökonomisch entmachteter worden. Damit war eine breite Grundlage für das Aufleben sozialistischer Strömungen gegeben und in allen Bevölkerungsschichten waren starke, gegen das Großkapital gerichtete demokratische Bestrebungen spürbar. Dieser Situation Rechnung tragend, sah sich die West-CDU bei ihrer Gründung und in den ersten Jahren ihres Bestehens gezwungen, fortschrittliche Zielsetzungen in ihre Programme aufzunehmen. So bekannte sich die CDU noch 1947 im Ahlener Programm zu folgenden Feststellungen und Prinzipien:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden...

Inhalt und Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben... sein...

Konzerne... sind zu entflechten...

Bergbau und eisenschaffende Großindustrie sind zu vergesellschaften...

Gesetzliche Kontrolle des Geld- und Bankwesens...

Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auch in normalen Zeiten in gewissem Umfange notwendig sein...“²⁵⁾

Darüber hinaus wurde den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht an der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung der Betriebe und eine Beteiligung am Ertrag in Aussicht gestellt.

²⁴⁾ ebenda S. 16

²⁵⁾ Politisches Jahrbuch der CDU/CSU 1950, S. 226 f.

Nach der politischen und ökonomischen Konsolidierung des Kapitals durch die amerikanischen Monopole wurde von der CDU/CSU mit zynischer Offenheit zugegeben, daß die Prinzipien eines Mitbestimmungsrechts an der wirtschaftlichen Planung und sozialen Gestaltung der Betriebe und eine Beteiligung am Ertrag lediglich aus taktischen Gründen in das Ahlener Programm aufgenommen worden sind, und zu keiner Zeit ernstlich die Absicht bestand, sie zu realisieren.

Auf dem Hamburger Parteitag der West-CDU 1957 wurden dann auch in aller Öffentlichkeit die bereits seit Jahr und Tag geflüstert totgeschwiegenen Grundsätze des Ahlener Programms durch den damaligen CDU-Wahlkampfleiter Dr. Meyers endgültig widerrufen, indem er ausführte, man müsse das Ahlener Programm aus den Gegebenheiten der Zeit verstehen, in der es entstanden sei. Das Ahlener Programm war ein Programm, dazu ausersehen, den Sozialismus zu verhindern!²⁶⁾

Inzwischen war eine nahezu vollständige Restauration der westdeutschen Monopole, Trusts und Konzerne mit Hilfe des Marshallplans vollzogen worden. Das amerikanische Monopolkapital hatte sich, gestützt auf die Militärregierung, sowie durch Kapitalinvestitionen die politische und ökonomische Herrschaft in der westdeutschen Wirtschaft gesichert.

Die in Uniform gesteckten Beauftragten der USA-Monopole verfolgten dabei das Ziel, die Stärke des westdeutschen Rüstungs- und Menschenpotentials, die strategische Lage Deutschlands und die vielfachen Verflechtungen der westdeutschen Wirtschaft mit dem USA-Finanzkapital der amerikanischen Politik nutzbar zu machen und die deutschen Imperialisten zu ihren militärischen Hauptverbündeten in Europa einzusetzen. Im Zuge dieser Entwicklung wurde dann auch immer deutlicher erkennbar, daß die CDU das politische Werkzeug des deutschen und amerikanischen Monopolkapitals ist. Es war wohl berechnet, daß gerade Dr. Adenauer zum 1. Vorsitzenden der CDU und später zum Bundeskanzler gewählt wurde. Er war seit Jahrzehnten Vertrauensmann der Schwerindustrie und der Hochfinanz. Er war Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank sowie weiterer 15 großer Kapitalgesellschaften. Nach seiner Einsetzung als Bundeskanzler übertrug er diese Funktionen seinen Familienangehörigen (Söhne Karl und Max, Neffe Kurt, Hugo Zinsser und Wilhelm Werhan). So ist es auch nicht verwunderlich, daß maßgebliche Vertreter der wichtigsten westdeutschen Konzerne CDU-Abgeordnete im Bundestag sind und die Bankiers und Industriellen Abs und Pferdengemes engste Freunde und persönliche Berater Adenauers in politischen und wirtschaftlichen Fragen wurden. Die einflußreichsten CDU-Politiker

²⁶⁾ „Die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union der Bundesrepublik“. Eine Analyse. Ausschuß für Deutsche Einheit 1957, S. 15

sitzen in Aufsichtsräten von Großunternehmen, sind deren leitende Angestellte, von ihnen gekauft, oder selbst Unternehmer. Mit ihrer Hilfe finanziert die CDU ihre Wahlvorbereitungen und nur ihren Interessen dient ihre Wirtschaftspolitik. Sehr schnell wurden von der kapitalistischen Führungsgruppe in der Partei aufkeimende und in der Mitgliedschaft sich auf fruchtbarem Boden ausbreitende sozial-fortschrittliche Tendenzen und Vorstellungen einer geplanten Wirtschaft, wie sie im Ahlener Programm zu finden sind, als „tragischer Irrtum“ erkannt und bereits im ersten Bundestagswahlprogramm (1949) mit den „Düsseldorfer Leitsätzen“²⁷⁾ durch eine neue Form der Wirtschaftspolitik, nämlich die „soziale Marktwirtschaft“ ersetzt. Diese „soziale Marktwirtschaft“ als Ausdruck der vom Bonner Wirtschaftsminister Erhard praktizierten neoliberalistischen Wirtschaftspolitik gab schließlich den Monopolen die Freiheit, ihre wiedererwachsene wirtschaftliche Macht „im freien Spiel der Kräfte“ und unter „fairen“ Wettkampfbedingungen in „freier Konkurrenz“ rücksichtslos auszunutzen. Als Beruhigungspflasterchen für die Arbeiter wurden in die „Düsseldorfer Leitsätze“ und in das „Hamburger Programm“²⁸⁾ solche Parolen wie „Eigentum für alle“ und „Verbindung von Mitbestimmung und Miteigentum zur Verwirklichung des machverteilenden Prinzips in der Wirtschaft“ aufgenommen und den Arbeitern durch geeignete Maßnahmen „Beteiligung am Ertrage“ versprochen. Gleichzeitig wurde gegenüber den Arbeitern die Lüge von der Sozialpartnerschaft mit solchen Phrasen wie „leistungsgemeinschaftliche Verbundenheit und beiderseitige Verantwortung für das gemeinsame Werk“ propagiert.

Der revanchelüsterne wiedererstandene deutsche Imperialismus gedieh so unter den Bedingungen der „freien und sozialen Marktwirtschaft“ vortrefflich und führte zu einer neuen, alles bisher Dagewesene übersteigenden hochgradigen Konzentration der Kapitale in der westdeutschen Wirtschaft. Getreu dem Auftrag seiner amerikanischen Hintermänner nahm er schließlich entscheidenden Einfluß darauf, daß die Remilitarisierung der Bundesrepublik zur zentralen Frage der CDU-Politik wurde, die durch die notwendig gewordene Umstellung entsprechenden Industriezweige auf Rüstungsproduktion den angestrebten finanziellen Ertrag brachte.

Diese Entwicklung veranlaßte den politisch ehrgeizigen Geschäftsführer der Sozialausschüsse der CDU, MdB Hans Katzer, auf dem christlich-sozialen Arbeitnehmerkongreß 1960 in Köln zu der Feststellung: „Täglich sieht man sich vor neue Dimensionen und Begleitumstände der wirtschaftlichen Machtkonzentration gestellt. Bittere Erfahrungen haben uns gezeigt, daß wirtschaftliche Macht allzu leicht als

politische Macht mißbraucht werden kann.“²⁹⁾ Dieser Hinweis hinderte den Bonner Wirtschaftsminister Erhard nicht, auf dem 10. Parteitag der CDU (1961) in Köln auch weiterhin „dem Walten und Wirken eines freien Unternehmertums als unentbehrlicher Institution jeder Marktwirtschaft“ den Schutz des Bonner Staates zu versprechen. In hohnsprechender Weise forderte er von dem in seiner Existenz durch die Macht und die Profitgier der Monopole bedrohten kleinen Unternehmer und dem Mittelstand die Einsicht, daß seine Freiheit den „Mut zur Bewährung im Wettbewerb mit allen Chancen und Risiken“ einschließe.³⁰⁾

In diesem Zusammenhang versuchte Erhard die Tatsache des sich in Westdeutschland ständig verschärfenden Klassenkampfes zu leugnen und den Begriff „Proletariat“ als „Requisit aus der Rumpelkammer“ abzutun.

„Maßhalten“, „Sparen bei anerkannt niedrigem Sparvermögen der breiten Schichten“ und „Konsumverzicht“, das sind die Empfehlungen, die Erhard den Arbeitern zur Verbesserung ihrer sozialen Lage gibt und die sie über die ungerechte Verteilung des Sozialproduktes hinwegtäuschen sollen und schließlich auch darüber, daß der so oft angepriesene „Volkskapitalismus“ nur ein Phantom bleiben muß.

Um diese apologetische und arbeiterfeindliche Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Arbeiterklasse Westdeutschlands populär zu machen und reale sozialpolitische Forderungen der Gewerkschaften aufzufangen, ist die CDU/CSU verstärkt darum bemüht, die Unterwanderung der Gewerkschaften zu forcieren.

Während auf dem Kölner Parteitag scharfe Polemik gegen den DGB geführt wurde, wird gleichzeitig die rechte korrumpierte DGB-Führung dazu benutzt, um den Arbeitermassen die Ideen einer den Monopolen gleichgeschalteten Staatsgewerkschaft, ähnlich der Arbeitsfront der Hitlerära, schmackhaft zu machen.

Daneben haben dann die sogenannten „Arbeitsgemeinschaften christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter“ als Nachfolger der gescheiterten Kollegenschaften die Aufgaben, die Sozialdemagogie der CDU unmittelbar im DGB selbst zu verbreiten, durch ihr Auftreten die Kampfkraft und Kampfkraft der Gewerkschaften zu lähmen und so deren innere Aushöhlung zu betreiben.

Angesichts dieser Lage ist es nur zu verständlich, daß die Monopole ganz offen von dem Adenauerstaat als ihrem Staat sprechen. Als Adenauer aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Bundesverbandes der westdeutschen Industrie den Monopolherren erneut seine Ergebenheit und die seiner Par-

²⁷⁾ Schwering a. a. O. S. 30

²⁸⁾ 7. Bundesparteitag der CDU, Hamburg 1957, S. 254

²⁹⁾ Christlich-sozialer Arbeitnehmerkongreß 1960, Köln. Referat „Christlich-sozial in unserer Zeit“ von Hans Katzer

³⁰⁾ „Soziale Ordnung schafft Wohlstand und Sicherheit“, Rede Prof. Erhard am 26. 4. 61 vor dem CDU-Parteitag in Köln, S. 19

teifreunde versicherte, antwortete ihm Industriepresident Fritz Berg spontan: „Dieser Staat ist die Chance für unsere Freiheit“;³¹⁾ wohlverstanden die Freiheit der Monopole. Sie allein haben das Recht, die Richtung der Politik zu bestimmen und auch die Repräsentanten ihres Staates uneingeschränkt zu korrigieren. Selbst Adenauer muß sich solche Korrekturen gefallen lassen. So kolportierten kürzlich die Wahlkampf-Manager der CDU/CSU, er habe erklärt, es könne mit den hohen Gewinnen der Industrie nicht so weitergehen. Offenbar hielten sie eine solche Erklärung im Ringen um die Gunst des Mittelstandes für nützlich. Damit waren die Grenzen des Spielraumes, welchen die Monopole ihrem Kanzler gewähren, überschritten. Prompt erschien in der westdeutschen Presse die Erklärung, der Kanzler sei erregt gewesen und es habe sich nur um „emotionale Reaktionen“ gehandelt, hinter denen man kaum eine „aktuelle Initiative der Bundesregierung vermuten könne.“ Daß Adenauer diese peinliche Zurechtweisung widerspruchslos hinnahm, spricht für seine Abhängigkeit.³²⁾

Nach Feststellungen des Deutschen Wirtschaftsinstituts³³⁾ haben die westdeutschen Unternehmerverbände durch ihre Beauftragten in den letzten zehn Jahren etwa 2000 sogenannte „Empfehlungen“ an die Adenauer-Regierung gerichtet, die von dieser zum wesentlichsten Teil dann auch prompt in allgemeinen verbindliche Rechtsnormen umgewandelt wurden. Dafür übernehmen die Monopole die Finanzierung der Adenauer-Partei, wozu in Köln eigens eine als „Staatsbürgerliche Vereinigung e. V.“ deklarierte Institution geschaffen wurde.

Daneben bestehen in den einzelnen Bundesländern Förderungsgesellschaften, welche die von ihnen verwalteten „Industriespenden“ gleichfalls hauptsächlich an die Adenauer-Partei abführen.

„Die Geschichte der Förderungsgesellschaften ist ein Stück CDU-Geschichte . . . auf Initiative von Adenauer und Pferdenges wurden die Förderungsgesellschaften als Vereinigung mit wirtschaftlichen Zielen zur Erhaltung der sozialen Marktwirtschaft aufgezogen. Sie wurden die Finanzierungsinstitute der bürgerlichen Parteien, an der Spitze die CDU/CSU.“³⁴⁾ Neben der Finanzierung der Adenauerpartei als Organisation erfolgt durch die Förderungsgesellschaften auch die finanzielle Abgeltung der besonderen Leistungen der CDU/CSU-Politiker für ihre „Verdienste um die Entwicklung der Wirtschaft“. Obwohl gerade darüber strengstes Stillschweigen bewahrt wird, gelangen immer wieder Informationen an die Öffentlichkeit, so z. B. die Meldung eines westdeutschen Nachrichtenmagazins³⁵⁾, zufolge deren der westdeutsche Kriegsminister Strauß seit 1952 jeden Monat 5000 DM auf sein persönliches Konto von der „Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Bayern“ überwiesen erhielt. Der Nutzen, den die Monopole aus der Finanzierung der Adenauerpartei und der persönlichen Korruption der namhaftesten CDU/CSU-Politiker ziehen, geht in die Milliardenwerte.

Als Einstandsgeschenk der westdeutschen CDU-Regierung wurde in der Legislaturperiode des 1. westdeutschen Bundestages ein weitgehendes System von Sondervergünstigungen, vor allem durch hohe zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten, eingeräumt.

Im 2. Bundestag beschloß man die sogenannte große Steuerreform, welche für die durch Kapitalbeteiligung untereinander verflochtenen Monopolbetriebe eine Senkung der Profitbesteuerung um die Hälfte brachte. Die CDU/CSU-Majorität im 3. Bundestag bescherte den Monopolen neuerlich in die Millionen gehende Steuerersparnisse, die ihnen zugleich wesentliche Kostenvorteile gegenüber ihren kleineren Konkurrenten verschafften.

Für den 4. Bundestag ist eine weitere Verstärkung der Zahl der CDU/CSU-Abgeordneten aus Konzernen und Großbanken vorgesehen. Der Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Carl Neumann, erklärte dazu: „Spitzenkräfte von zwei Unternehmerngenerationen gehören in die Politik . . . es sollen sich sofort regionale Arbeitskreise bilden, die geeignete Persönlichkeiten feststellen und mobilisieren.“³⁶⁾ Als geeignet und dazu ausgehaltenes Sprungbrett bietet sich die Adenauer-Partei an.

Somit sind die Forderungen der Sozialausschüsse der CDU/CSU auf ihrem Deutschlandtag im Februar 1961 mehr Arbeitnehmer in den Bundestag zu entsenden, von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Sozialausschüsse sind lediglich dazu bestimmt, Wahlhilfe zu leisten.

*

Die Sozialausschüsse sind lediglich dazu bestimmt, Wahlhilfe zu leisten.

Der Antikommunismus ist die Plattform, auf der sich in der CDU/CSU alle Feinde des deutschen Volkes finden; die alten Militaristen, die in unserer Republik enteigneten Monopolisten und Grundbesitzer, ihre politisch-klerikalen Helfershelfer und die „Berufsflüchtlinge“, kurz: all die alten und neuen Feinde unserer Nation.

Sie spüren, wie sie vom Sozialismus besiegt werden, und ihrer Todesangst vor dem friedlichen Sieg des Neuen und Besseren entspringt ihre Feindschaft gegen den Kommunismus und damit gegen jeden Fortschritt. Die Kommunisten und der

31) Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln, Nr. 43/59

32) Vgl. „Handelsblatt“ vom 29. 9. 60 und Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, Bericht 21/60

33) Deutsches Wirtschaftsinstitut, Berlin, Bericht 5/61, S. 12

34) Ausschuß für Deutsche Einheit a. a. O. S. 27

35) Vgl. „Der Spiegel“, Hamburg Nr. 1/57 und Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, Bericht 5/61

36) Deutsches Industrieinstitut, Köln, Unternehmerbrief Nr. 51/52

Kommunismus, so ist man versucht zu formulieren, sind heute im Adenauer-Reich das, was im Hitlerstaat die Juden gewesen sind: Der Weltfeind Nr. 1.

In welcher Form die CDU/CSU von der Furcht erfaßt ist, hat einer ihrer eifrigsten Apologeten, der Publizist Winfried Martini, deutlich gemacht: „Die Partei ist von vielen Ängsten verschiedener Herkunft zerrissen; die Angst vor der Macht des Ostens, die Angst vor der Notwendigkeit, den deutschen Kredit im Westen zu erhalten, die Angst vor der SPD, die Angst vor den Wählern. Doch sie ist zusammengehalten von einer übergeordneten Angst: Der Angst vor Adenauer, die eine Angst, ihn zu verlieren und zugleich eine Angst, ihn zu behalten, ist.“³⁷⁾

Anknüpfend an die faschistische Propagandathese von „bolschewistischen Untermenschen“ wird systematisch die Lüge von der Aggressivität der Sowjetunion und des ganzen sozialistischen Lagers verbreitet. Auf ihr aber basiert die ganze Bonner Politik. Auf sie ist die Notstandsgesetzgebung, die Atomaufrüstung und die Verhandlungsfeindschaft, eben die ganze „Politik der Stärke“ gegründet. So verunglimpft Schröder den Kommunismus als „potentiellen Staatsfeind“³⁸⁾, so verkündet Adenauer abermals, man könne mit der Sowjetunion nur von der Position der Stärke aus verhandeln, so richtet Kriegsmarsch Strauß Wut und Verleumdung gegen die Ostermärsche westdeutscher Patrioten und Kriegsgegner — darunter tausende christliche und bürgerliche Menschen — weil sie „den hintergründigen Zielen des Kommunismus dienen“.³⁹⁾ Strauß hat in aller Deutlichkeit gesagt, was alles sie fürchten: „Es gab manche Gespenster ...“⁴⁰⁾: Europäisches Sicherheitssystem, Entspannung durch regionale Abrüstung, das Friedensvertragsangebot der Sowjetunion, kurzum jede Initiative, die auf eine Entspannung der politischen Situation zielt. Die „Umkehr aller Werte“, dieser politisch-ideologische Kopfstand, zu dem sie ihr eigenes Axiom zwingt, hindert sie, die politische Weltlage und das Kräfteverhältnis in unserer Zeit real einzuschätzen.

Es ist schmerzlich für die Christen in Deutschland und besonders für die Christen in der DDR, die aus der Tiefe ihres Glaubens seit vielen Jahren für Frieden und Sozialismus wirken, daß diese westdeutsche Kriegsvorbereitung — die materielle wie die psychologische — mit scheinchristlichen Argumenten zu rechtfertigen gesucht wird. Dieser Mißbrauch des christlichen Glaubens zu friedens- und menschenfeindlichen Zwecken ist heute zur ideologischen Hauptstütze der Adenauer-Partei und ihrer Politik geworden. In Westdeutschland

ist die Kirche „in einem solchen Maße mit dem öffentlichen und politischen Leben und damit mit den Interessen der herrschenden Schicht verbunden, wie das seit dem Ende des Staatskirchentums nicht mehr der Fall war.“⁴¹⁾ Diese unheilige Allianz von „Klerus, Kapital und Generalen“, wie das Professor Gollwitzer 1956 treffend kennzeichnete, manifestiert sich äußerlich in der Zusammensetzung der CDU/CSU selbst, wobei den politisch-klerikal-kapitalistischen Kräften die Aufgabe zufällt, den Antikommunismus und die Kriegsvorbereitungen „christlich“ zu verbrämen. So wird der klerikal-militaristische Bonner Obrigkeitsstaat als eine „christliche“ und „ewige“ Ordnung hingestellt, werden die westeuropäischen Monopol- und Militärblocks zum „christlichen Abendland“ verklärt und wird die imperialistische Aggressivität als „Kreuzzug für die Freiheit“ gewissermaßen heilig gesprochen. Die Unterstellung, die imperialistische Bundesrepublik sei ein „christlicher Staat“ ist heute die Hauptthese des westdeutschen politischen Klerikalismus. Sie soll vor allem über den Hauptwiderspruch in Deutschland hinwegtäuschen, soll den Gegensatz zwischen den friedliebenden Volksmassen in beiden deutschen Staaten und den Bonner Kriegstreibern, aber auch den Gegensatz zwischen Parteiführung und breiten Kreisen der Mitgliedschaft und auch der Wähler der CDU/CSU, verdecken. Die These vom „christlichen Staat“ wird zugleich durch die fälschliche Gleichsetzung des Sozialismus mit dem Atheismus ergänzt, durch die unser Staat als „atheistischer Weltanschauungsstaat“ gestempelt werden soll. So spricht Brentano auf dem Kölner Parteitag der Adenauer-CDU nicht von Unterschieden in der Gesellschaftsordnung der beiden deutschen Staaten, sondern vom „Gegensatz im Geistigen“.⁴²⁾ Auf diese Weise versuchen die politisch-klerikal-kapitalistischen Kräfte unter Mißbrauch der Kirchen und des Glaubens, dem christlichen Bürger Sozialismus und Friedenskampf als verwerflich und „antichristlich“, den Imperialismus und Militarismus dagegen als gottgewollt, „christlich“, auszugeben. Dabei tritt immer deutlicher in Erscheinung, daß die CDU/CSU darauf bedacht ist, sich mit einem mystischen Schleier zu umgeben. Unüberhörbar klingt Rosenbergs Mythosgedanke an, wenn Gerstenmaier für seine Partei von vornherein ein Unfehlbarkeitsdogma konstruiert.⁴³⁾ Es gibt heute keine Maßnahme des Bonner Staates, die nicht „christlich“ zu verbrämen gesucht wird, von der Rechtfertigung der inneren Reaktion bis hin zur Begründung für die atomare Aufrüstung und die Agententätigkeit gegen unsere Republik. Man schreckt nicht davor zurück, dazu Kanzeln und kirchliche Zeitschriften, evangelische und katholische Akademien und Laienveranstaltungen zu mißbrauchen.

37) Winfried Martini: „Freiheit auf Abruf“ — die Lebenserwartungen der Bundesrepublik, Köln/Berlin 1960, S. 150

38) Schröder a. a. O., S. 3

39) Stenogr. Protokoll a. a. O. Nr. 11, S. 126

40) ebenda S. 129

41) Meinicke: „Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche“, Hefte aus Burgscheidungen Nr. 45, S. 12

42) Stenogr. Protokoll a. a. O. Nr. 6, S. 6

43) Erziehung — Bildung — Ausbildung, Bonn 1961, S. 26

Dieser Mißbrauch zeigt sich gegenwärtig besonders deutlich in der Wahlpropaganda für die Bonner „christliche“ Staatspartei. Anlässlich einer kirchlichen Veranstaltung in Rheinhausen erklärte Weihbischof Tenhumberg, Münster, die SPD und FDP seien „für katholische Christen nicht wählbar“. Er und alle anderen Kanzelpropagandisten der Adenauer-Partei entbehren bei ihren Handlungen nicht der offiziellen Legitimation. Das am 23. November 1960 vom „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“ gebilligte sogenannte „Hildesheimer Manifest“ erfüllt diesen Zweck. Das Zentralorgan des politischen Katholizismus, „Rheinischer Merkur“, spricht von einer „hohen, wenn auch nicht im strengen Sinne kirchlichen Autorität“⁴⁴⁾ die mit diesem „Manifest“ gegeben sei. Die katholischen Wähler hätten mit „dem Dokument des Zentralkomitees einen Leitfaden erhalten, der es ihnen leicht macht, die verschiedenen Parteien . . . zu prüfen“⁴⁵⁾. Nichts belegt den von den kirchlichen Propagandisten der CDU/CSU betriebenen Mißbrauch des Christentums drastischer als das Eintreten für die aggressive faschistische „Lebensraum“-Doktrin. In seiner Weihnachtsbotschaft 1942 hatte der katholische Feldbischof der Hitler-Wehrmacht, Franziskus Justus, nicht nur den „Führer“ als „leuchtendes Vorbild“ bezeichnet, sondern auch den Kampf um „neuen Lebensraum für unser Volk“ als das „Höchste und Edelste“ erklärt. Von dort führt eine gerade Linie zu dem kürzlich erschienenen Machwerk des Benediktinerpaters Albert Auer über „Atombombe und Naturrecht“, in dem der Verfasser einen Krieg moralisch gerechtfertigt sieht, „wenn man etwa einem Volk einen Lebensraum vorenthält, während das Nachbarvolk Raum genug hat . . .“ Nach dieser „moraltheologischen“ Legalisierung des „Kreuzzuges zum Ural“ nimmt es nicht wunder, wenn der mit klerikalen Landsmannschaftskreisen aufs engste verbundene bayrische Arbeitsminister Walter Stain, ehemals höherer HJ-Führer, dieser Tage in Würzburg wörtlich erklärte: „Wir dürfen nicht vergessen, daß Deutschland wieder mehr Lebensraum finden kann bei Nachbarn, die diesen Raum nicht brauchen und ihn mit Sklavenarbeitern für ihre Kolchosen besetzt halten . . .“⁴⁶⁾

Die von Albert Auer gepredigte Kriegstheologie im Zeichen der Atombombe besitzt eine beträchtliche Apologetenschaft. Zu den protestantischen Repräsentanten dieser unheiligen Allianz zählte bereits 1950 der damals prominenteste evangelische Bischof Theophil Wurm, der den seiner Kirche angehörenden Adenauer-Christen schon auf der ersten „Soldatentagung“ der Evangelischen Akademie in Herrenalb im November 1950 versicherte, ein Krieg sei im Grunde nur eine „Polizeiaktion“. Man könne daher mit „gutem Gewissen“ einer solchen „Ordnungstruppe“ beitreten, die verhindere, daß ein „un-

genügend gerüstetes Europa einer kommunistischen Invasion zum Opfer fällt“. „Theologen“ wie Professor Künneth und Propst Ausmussen verlegten sich zu der Behauptung, die Atombombe sei eine „Zuchtrute“ Gottes und deren Anwendung eine Praktizierung des Gebotes der . . . „Nächstenliebe“. Das eingeschriebene CDU-Mitglied Bischof Dibelius erklärte, die Anwendung einer Wasserstoffbombe sei „vom christlichen Standpunkt aus nicht einmal eine so schreckliche Sache“. Der gleiche Bischof fesselte sodann die Evangelische Kirche institutionell an das Kriegsministerium seines katholischen Parteifreundes Strauß, indem er den unheilvollen Militärseelsorgevertrag unterzeichnete. Parteifreund Theologieprofessor Thielicke schließlich besorgte 1957 auf der Hamburger Tagung der Adenauer-CDU die „theologische“ Rechtfertigung der Bonner Atompolitik.

Noch drastischer als der bereits erwähnte Auer „rechtfertigte“ eine Reihe anderer katholischer „Theologen“ den imperialistischen Krieg. Pater Gustav Gundlach vertrat vor der Katholischen Akademie in Würzburg die These, selbst ein Krieg mit nuklearen Waffen sei unter Umständen dazu geeignet, die „gestörte Rechtsordnung“ der Welt wiederherzustellen. Beinahe unfaßbar erklärte Gundlach wörtlich weiter: „Ja, sogar der Untergang eines ganzen Volkes in der Manifestation der Treue zu Gott . . . kann einen solchen Wert darstellen, daß dies gerechtfertigt wäre.“⁴⁷⁾ Auf der NATO-Soldatentagung anlässlich des Eucharistischen Weltkongresses 1960 in München konkretisierte Kriegsminister Strauß diese These des „Moraltheologen“ schließlich wie folgt: „Wir wissen, daß die Macht hinter dem Eisernen Vorhang in den Händen von Männern ist, für die Verantwortung vor Gott keine Rolle spielt. Dafür sind wir Soldaten: daß diese Macht nicht gegen uns gebraucht werden kann, daß die Macht aus atheistischen Händen wieder in christliche Hände übergeht . . .“⁴⁸⁾

Von solchem „Christentum“ — hörig den aggressiven Kräften der Bonner Reaktion — distanzieren sich alle friedliebenden Christen mit leidenschaftlicher Empörung. Immer mehr christliche Bürger erkennen, „daß nicht in dem von den NATO-Bischöfen propagierten oder bemäntelten Bündnis von Militarismus und politischem Klerikalismus die Zukunft liegt, sondern allein in der friedlichen Aufbauarbeit unserer Deutschen Demokratischen Republik, in ihrer auf Verständigung und demokratische Wiedervereinigung gerichteten nationalen Politik des Friedens. Die Hoffnungen der westdeutschen und Westberliner Reaktion, die christliche Bevölkerung unserer Republik als potentielle Reserve für die Politik des kalten Krieges und der gewaltsamen militaristischen Lösung der deutschen Frage mißbrauchen zu können, haben sich als trü-

44) „Rheinischer Merkur“, Köln 2. 12. 60

45) ebenda

46) „Stern“, Hamburg 1961, Heft 24. S. 36

47) „Stimmen der Zeit“ 1958, Heft 10

48) ebenda 1959, Heft 7

gerisch erwiesen. In einträchtiger, freundschaftlicher Zusammenarbeit wirken bei uns Marxisten und Christen für die gemeinsame sozialistische Sache.⁴⁹⁾

Diese Tatsache kam in dem historischen Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, und einer Delegation namhafter christlicher Bürger unserer Republik am 9. Februar 1961 klar zum Ausdruck. Als Sprecher der überwiegenden Mehrheit in der DDR bekundeten sie dem Staatsratsvorsitzenden die auch im Kommuniqué vom 21. Juli 1958 seitens offizieller kirchlicher Vertreter formulierte Überzeugung, daß die „Kirche grundsätzlich mit den Friedensbestrebungen der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Regierung übereinstimmt“. Gleichzeitig bekräftigte die Delegation das aufrichtige Ja aller ehrlichen Christen zur bewährten freundschaftlichen Zusammenarbeit von Christen und Marxisten in unserer Republik und ihr kategorisches Nein zu dem in Westdeutschland betriebenen Mißbrauch des christlichen Glaubens im Dienste einer ebenso antichristlichen wie antinationalen und friedensfeindlichen Politik.

Alle Gedanken vom „Bollwerk gegen den Kommunismus“ sind nichts anderes als die verhüllende Umschreibung für die besondere Rolle, die der klerikale Westzonenstaat bei der Vorbereitung und Auslösung eines Krieges gegen das sozialistische Lager nach dem Willen der internationalen Monopole und aggressiven Militärblocks spielen soll und spielt. Auch Adenauer beschwor diesen „Sendungs-“auftrag seiner Partei, als er während seiner Audienz bei Papst Johannes XXIII. am 22. 1. 1961 aussprach: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläufen eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüterin zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns eindringen.“ Der CDU-Bundestags-Fraktionsvorsitzende Dr. Krone umschrieb die „besondere Sendung“ des Westzonenstaates „Uns ist im Kampf zwischen West und Ost . . . ein Kulturauftrag besonderer Art aufgegeben.“⁵⁰⁾

Diese Neuauflage der Ideologie vom „deutschen Wesen, an dem die Welt genesen“ soll, charakterisierte der verstorbene evangelische Theologe Professor Iwand in treffender Weise: „Man ist den peinlichen Hasardeur losgeworden, den man schon damals wider Willen nahm, weil man sich sonst der Marxisten nicht erwehren konnte, aber man hat heute einen weit besseren und geistig und materiell uns verwandten Partner gefunden und mit ihm wird es gemacht . . . Sie denken es diesmal klüger anzufangen — das ist ihre ganze Umkehr . . . sie fürchten aber noch immer den Kommunismus mehr als Gott.“⁵¹⁾

Wie alle anderen politischen Äußerungen, so trägt auch die Kulturpolitik der CDU/CSU natürlich antinationalen Charakter. Sie ist durchsetzt und beherrscht von militaristischen, chauvinistischen und revanchistischen Tendenzen. Als die CDU/CSU im November 1960 zu ihrem ersten Kulturkongreß zusammentrat, wurde dies besonders deutlich. Dieser Kongreß richtete sich wie die gesamte Kulturpolitik der CDU/CSU letzten Endes gegen die Kultur, ihre lebensfördernde Aufgabe und ihre nationale Bestimmung. Besonders verwerflich war auf diesem Kongreß die vom politischen Klerikalismus diktierte Absage an den deutschen Humanismus und die besten Traditionen der Menschheit und unserer Nation. Als „törichte Idealisierungsformeln von ehedem“⁵²⁾, als „Humanitätsschwärmerei vergangener Zeiten“⁵³⁾, als „altertümliche Denkwelt“⁵⁴⁾ und „alte Humanitätstour“⁵⁵⁾ bezeichnete Bernhard Hansler, Direktor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die humanistischen Ideale unserer Klassik und den gesamten deutschen bürgerlichen Neuhumanismus. Während die sozialistische Gesellschaft diese Leitbilder der Menschheit bewahrt und pflegt, bietet Hansler als Ersatz den gefährlichen Totalitätsanspruch des politischen Klerikalismus an und formulierte: „Nein, diese Werte, die unseren Vorfahren für das Heiligste galten, bürgen heute nicht mehr für sich selbst. Sie sind nicht mehr unsere Sprache und sie sind daher nicht mehr in den Herzen der Völker lebendig.“⁵⁶⁾ Oder: „Wer sich der religiösen Begegnung verschließt, ist daher ein defekter Mensch, und wer einen autonomen weltimmanenten Humanismus in der Bildungstheorie vertritt, der vertritt eine defekte Menschenlehre.“⁵⁷⁾

Der Mißbrauch des christlichen Gedankengutes für machtpolitische Zwecke bestimmt also auch die Kulturpolitik der CDU/CSU. Wer einerseits die sogenannte Kulturhoheit den Ländern überläßt, wer es veranlaßt, daß der Bundestag sich mit Kulturfragen überhaupt nicht beschäftigt, der kann auf der anderen Seite die Kultur auch dann nicht für sich in Anspruch nehmen, wenn er keinen Mißbrauch damit treiben wollte. Die Unterordnung der Kultur unter die Aggression wird weiterhin bewiesen durch die auf Veranlassung der CDU/CSU durchgeführte konsequente Verfolgung demokratischer Künstler, Wissenschaftler und Pädagogen.

Die Misere der gesamten Volksbildung in der Bundesrepublik, die maßgeblich in der Verantwortung der CDU/CSU liegt, ist nachgerade weltbekannt. Sie wurde verursacht durch völlig mangelhafte finanzielle Unterstützung und durch die

52) Erziehung — Bildung — Ausbildung, Bonn 1961 S. 40

53) ebenda S. 49

54) ebenda S. 34

55) ebenda S. 36

56) ebenda S. 35

57) ebenda S. 47

49) Bulletin des 10. Parteitag der CDU

50) Erziehung — Bildung — Ausbildung, Bonn 1961, S. 226

51) zitiert nach „Neue Zeit“ vom 23. 10. 60

Zersplitterung des Bildungswesens mittels der Konfessionsschule. Warum gerade diese Konfessionsschule den reaktionären Führern der CDU/CSU so am Herzen liegt, sprechen sie in ihrem Unternehmerbrief Nr. 2/53 deutlich aus. Es heißt dort: „Die Bekenntnisschule ist ein Mittel im Kampf gegen den Sozialismus. Sie schafft stärkere Bindungen an die Kirche, als der Gemeinschaftsschule möglich ist, mit politischen Auswirkungen von erheblicher Tragweite.“⁵⁸⁾ Zu „Einzelkämpfern in der (zunächst) psychologischen Kriegsführung“⁵⁹⁾ sollen die Jugendlichen insbesondere durch den Unterricht in den Fächern Ostkunde, Geschichte und Wehrkunde erzogen werden.

Aber auch die fortschreitende Durchsetzung der deutschen Sprache mit Amerikanismen als Vokabeln und gedanklichen Leitbildern wirkt sich natürlich gegen die nationalen Interessen unseres Volkes aus und verdirbt die Jugend im gleichen Maße wie die zu Millionen verbreiteten Landserbroschüren, Schundhefte und Horrorfilme. Es ist der reine Hohn, wenn Minister Würmeling kürzlich anlässlich des zehnjährigen Bestehens des sogenannten Bundesjugendplanes erklärt: „Die Jugend ist heute nicht schlechter, sie ist nur schlechter daran, weil die Erwachsenenwelt so viele schlechte Einflüsse auf sie einwirken läßt.“⁶⁰⁾ Die Regierungspartei aber fördert diese schlechten Einflüsse, wo sie nur kann. Die Bundesregierung gibt nach Feststellungen der Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz im DGB täglich 40 Millionen DM für die Aufrüstung, jährlich aber nur 80 Millionen DM für den Bundesjugendplan aus. Dazu erklärt dann der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Heinrich Krone: „Auch die Gelder für Strauß sind Gelder für Kulturzwecke.“⁶¹⁾ So wird deutlich, daß nicht passives Versagen, sondern aktiver Verrat aus der Kulturpolitik der CDU/CSU spricht. Leo Weismantel schreibt darüber in seinen „Briefen an einen Bundestagsabgeordneten“: „... Man empört sich über die Sittenlosigkeit der zweideutigen Kolportageliteratur, läßt sich aber bei diesem Gezeter seinen Kaffee gut schmecken und taucht schmatzend die Hörnchen ein, während man die weltliche Verkommenheit verflucht und der irre Blick geistert dann über die warm gepflegte Devotionalienliteratur.“⁶²⁾

Demgegenüber wird um so klarer offensichtlich, daß die sozialistische Kulturpolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, an deren Entfaltung nicht zuletzt auch die Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union in der DDR — wie die „Thesen der kulturpolitischen Arbeit der CDU“ vom Dezember

⁵⁸⁾ zitiert nach „Berichte über die kulturpolitische Entwicklung der Bundesrepublik“, Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1957, Heft I/II, S. 9

⁵⁹⁾ nach „Presseinformationen“, Nr. 50 (2023), vom 3. 5. 61

⁶⁰⁾ ebenda

⁶¹⁾ Erziehung — Bildung — Ausbildung, Bonn 1961, S. 226

⁶²⁾ „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Köln, Heft 4/57, S. 124

1960 bekräftigen — mitzuwirken bestrebt sind, von einer wahrhaft nationalen Bedeutung ist. Diese Kulturpolitik einer sozialistischen Gemeinschaft dient dem Menschen, der Entfaltung seiner Persönlichkeit, einer befriedeten Welt und einer glücklichen Gesellschaft.

*

Schon die Hinweise auf die Entlarvung des Bonner Klerikalfaschismus und Militarismus durch christliche Persönlichkeiten in Deutschland unterstreichen die außerordentlich bedeutungsvolle Tatsache, daß die Adenauer-Partei ihren Weg, wie er in den vorstehenden Ausführungen beschrieben wurde, nicht gegangen ist, ohne auf den Widerstand der friedenswilligen und fortschrittlichen Kräfte in der Christenheit Westdeutschlands und den der Werkätigen in der eigenen Partei zu stoßen. Im Gegenteil: Der Widerstand gegen die verhängnisvolle Politik der CDU/CSU war immer vorhanden und wurde im Verlaufe der gesellschaftlichen Entwicklung in den deutschen Westzonen immer größer, was natürlich mit der Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Welt und speziell mit der wachsenden Autorität der Politik der Deutschen Demokratischen Republik zusammenhängt.

Das bedeutet, daß die Kräfte des Friedens im Vormarsch sind und daß die friedliebenden Menschen auch in den kapitalistischen Staaten einen immer stärkeren Einfluß auf die öffentliche Meinung ihrer Länder entfalten. Vor diesem Entwicklungsprozeß ist auch die CDU/CSU nicht bewahrt. Die einfachen christlichen Menschen, Arbeiter und Bauern, Angehörige des Mittelstandes und der Intelligenz, ja, selbst kapitalistische Kreise wollen nicht am Rande des Abgrunds wandeln.

Ende April 1961 hat die Adenauer-CDU auf ihrem Kölner Parteitag das Wahlprogramm für die Bundestagswahlen 1961 verkündet. Die Versprechungen, mit denen die Wähler abermals vor den Karren der CDU gespannt werden sollen, gipfeln in dem Satz: „Wer das Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wer unsere Zukunft sichern und wer den Weg nach oben weitergehen will, wählt die CDU.“

Dieses Wahlprogramm ist aber in Wirklichkeit das Programm des vollentfalteten Militarismus, das Programm der Fortsetzung und Verschärfung des kalten Krieges, der ungehemmten Atomaufrüstung und der Ablehnung aller Vorschläge zur friedlichen Verständigung. Mit diesem Programm erweist sich die CDU/CSU erneut als Vollstreckerin des Willens der Monopolherren und Militaristen. Den Menschen in ganz Deutschland, besonders aber den ehrlichen Mitgliedern der CDU/CSU, muß die Volksfeindlichkeit der Politik dieser Partei offenbar gemacht werden. „Das westdeutsche Bürgertum kann es sich . . . nicht noch einmal erlauben, aus mangelnder Zivilcourage einerseits und Furcht vor dem historischen Fortschritt andererseits sein Schicksal politischen Aben-

teuern anzuvertrauen...“⁶³⁾ Diese Worte sind eine ernste Mahnung nicht nur an das westdeutsche Bürgertum, sondern an alle, die noch der CDU/CSU Gefolgschaft leisten.

Die Alternative, die es angesichts der Politik der CDU/CSU zu ziehen gilt, besteht im Kampf gegen die Atomkriegsrüstung, im Kampf gegen Strauß als dem gefährlichsten Gegner der Entspannung. Sie besteht im Kampf gegen die Versuche zur Beseitigung der Demokratie, gegen Notstandsgesetzgebung und Willkürmaßnahmen. Sie besteht weiter im Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Immer stärker strahlen die Erfolge unseres friedlichen Aufbauwerkes nach Westdeutschland aus und helfen, die christlichen Menschen von der Richtigkeit unseres Weges in der Deutschen Demokratischen Republik zu überzeugen. „Für die friedliebenden Christen in der Bundesrepublik gilt es, noch entschlossener für eine Friedenspolitik in Westdeutschland, gegen die antinationale Politik Bonns und den dort betriebenen Mißbrauch des christlichen Glaubens zu kämpfen und dabei mit allen anderen patriotischen Kräften geschlossen zusammenzugehen. Für die christlichen Menschen in ganz Deutschland gilt es, sich auf ihre Gemeinsamkeiten zu besinnen: Auf das ihnen gemeinsame Verlangen nach einem gesicherten Frieden, auf das ihnen gemeinsame Streben nach einer glücklichen Zukunft unseres Volkes, auf die ihnen gemeinsame Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, auf die gemeinsam vor ihnen stehende Notwendigkeit, sich mit allen anderen fortschrittlichen und demokratischen Volkskräften zu gemeinsamem Eintreten für die Sicherung unserer deutschen Nation zusammenzuschließen.“⁶⁴⁾

Am Wahltag haben die westdeutschen Bürger die Möglichkeit, mit ihrer Stimmabgabe für die Kandidaten, die durch ihre bisherigen Entscheidungen bewiesen haben, daß sie das Friedensverlangen der Menschheit unverfälscht und ungekürzt zu ihrem eigenen machen, auf die verlogenen Wahlparolen der CDU/CSU die Antwort zu geben. Das ist zugleich eine notwendige Schlußfolgerung aus dem gefährlichen Irrweg und den antinationalen Zielen der westdeutschen Regierungspartei.

⁶³⁾ „Neues Deutschland“, Berlin, vom 18. 4. 61

⁶⁴⁾ Bulletin des 10. Parteitages

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche – Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin – nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete – Eine demographische Untersuchung –
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO – die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik – Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR – zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka – Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika – Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag

- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legeude vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 49 Prof. Dr. Jan Milič Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich
- 52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM